

Recht der Informationsgesellschaft

Cyberlaw I –

als Start in Cyberlaw II

Sommersemester 2012

Basics

Version 3.2

A. Rahmenbedingungen

I. Vorlesungsetikette

II. Organisatorisches

III. Literatur

1. Lehrbücher

2. Kommentare

3. Rechercheworkshop

B. Basics

I. Rechtsnormenhierarchie in einer deutschen Betrachtung

II. Klassische Auslegungsmethoden

III. Recht auf informationelle Selbstbestimmung

IV. Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme

V. Rasterfahndung nach dem 11. September

VI. Interessenschema

VII. RER- Schema

VIII. RER- Definition

IX. RER- Prüfung

X. Falllösung

A. Rahmenbedingungen

I. Vorlesungsetikette



§ 1 UWG Zweck des Gesetzes

Dieses Gesetz dient dem Schutz der Mitbewerber, der Verbraucherinnen und der Verbraucher sowie der sonstigen Marktteilnehmer vor unlauteren geschäftlichen Handlungen. Es schützt zugleich das Interesse der Allgemeinheit an einem unverfälschten Wettbewerb.

- mit männlicher Rechtssprache befassen sich auch Schoret: „Zwischenruf – Der Generalbundesanwalt ist eine Frau“, in: ZRP 2007, 60; und darauf erwidern: Kunz-Hallstein: „Der Generalbundesanwalt ist eine Frau“, in: ZRP 2007, 132.
- Die Verwendung männlicher Sprache dient der Abkürzung und Vereinheitlichung, ignoriert jedoch nicht die Existenz weiblicher Kompetenz.

II. Organisatorisches

- Forum: <http://www.forum.cylaw-darmstadt.com/>
- Konzept der flexible, sensible and sensitive solution
- Dogmatische Auslegung und Case Law
- Zitieretikette
 - Art. (oder §) Abs. 1 S. 1 [ev. HS. (Halbsatz), Nr. und Lit.]
 - Abkürzung des Gesetzestextes
 - Bsp.: § 3 Abs. 4 S. 2 Nr. 3 Lit. a BDSG

III. Literatur

1. Lehrbücher

- Boehme-Neßler, Volker: Cyberlaw – Lehrbuch zum Recht des Internet, 2001,
- Gola, Peter / Klug, Christoph / Reif, Yvette : Grundzüge des Datenschutzrechts, 2. Aufl. 2012 (angek. für April 2012),
- Hoeren, Thomas: Internetrecht, 2010 (kostenloser Download unter http://www.uni-muenster.de/Jura.itm/hoeren/materialien/Skript/Skript_Internetrecht_September%202010.pdf - statischer Link).
- Holznagel, Bernd / Enaux, Christoph / Nienhaus, Christian: Telekommunikationsrecht, 2. Aufl. 2006,
- Kloepfer, Michael: Informationsrecht, 2002,
- Koehler, Markus / Arndt, Hans-Wolfgang / Fetzer, Thomas: Recht des Internet, 7. Aufl. 2010,
- Roßnagel, Alexander: Handbuch Datenschutzrecht, 2003,
- Schaar, Peter: Datenschutz im Internet, 2002,
- Sonntag, Matthias: IT-Sicherheit kritischer Infrastrukturen, 2005,
- Tinnefeld, Marie-T / Buchner, Benedikt / Petri, Thomas / Gerling, Rainer W.: Einführung in das Datenschutzrecht, 5. Aufl. 2012 (angek. für Juni 2012).

III. Literatur

2. Kommentare

- Gola, Peter / Schomerus, Rudolf: Bundesdatenschutzgesetz, 11. Aufl. 2012 (angek. für Juli 2012),
- Heckmann, Dirk: juris PraxisKommentar Internetrecht, 3. Aufl. 2011,
- Roßnagel, Alexander: Recht der Multimedien Dienste, Loseblattsammlung,
- Simitis, Spiros: Kommentar zum Bundesdatenschutzgesetz, 7. Aufl., 2011,
- Schaffland, Hans-Jürgen / Wiltfang, Noeme: Bundesdatenschutzgesetz, Loseblattsammlung.

III. Literatur

3. Researchworkshop



1. Normen

- Europarecht: <http://eur-lex.europa.eu/de/index.htm>
- Bundesrecht: <http://www.gesetze-im-internet.de/>
- Hessenrecht: <http://www.hessenrecht.hessen.de/>

2. Rechtsprechung

- Europäischer Gerichtshof (EuGH): <http://curia.europa.eu/>
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR):
<http://www.echr.coe.int/ECHR/EN/Header/Case-Law/Decisions+and+judgments/HUDOC+database/>
- Bundesverfassungsgericht (BVerfG): <http://www.bverfg.de/>
- Bundesverwaltungsgericht (BVerwG): <http://www.bverwg.de/>
- Bundesgerichtshof (BGH): <http://www.bundesgerichtshof.de>
- ältere Entscheidungen: Universität Bern,
Sammlung „Deutschsprachiges Fallrecht (DFR)“:
<http://www.fallrecht.de>

B. Basics

I. Rechtsnormenhierarchie in einer deutschen Betrachtung



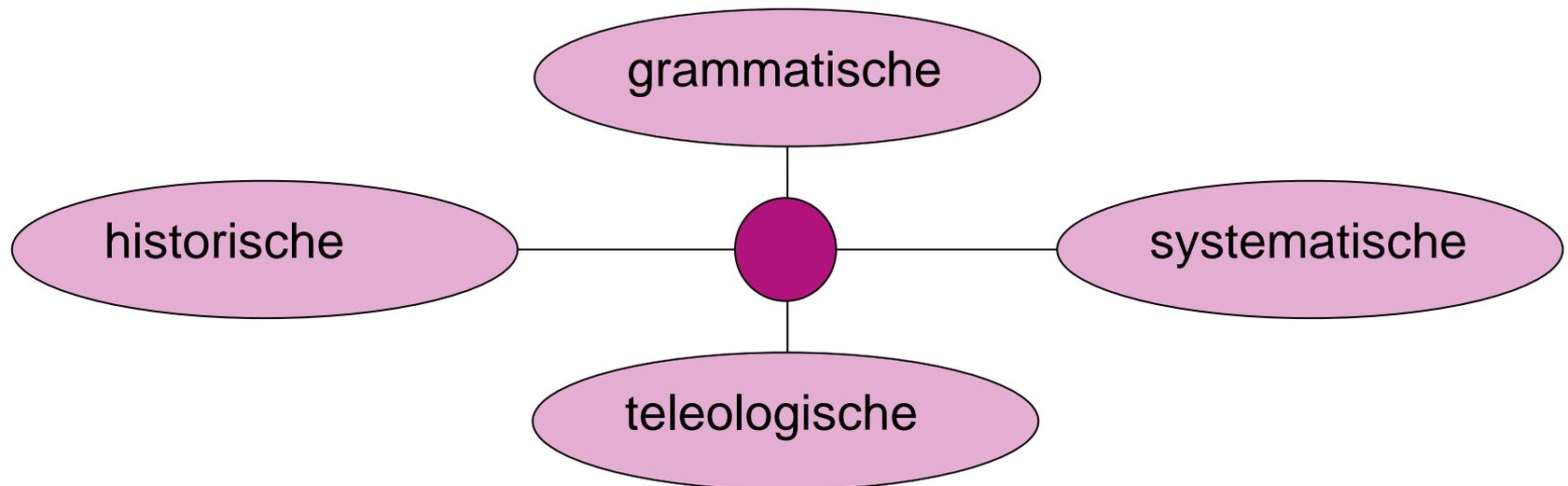
Bundesrecht	Art. 31 GG	Landesrecht
Verfassung (Grundgesetz)		Landesverfassung
Bundesgesetz		Landesgesetz
Rechtsverordnung		Rechtsverordnung
Satzung		Satzung

Adressierung an den Einzelnen erfolgt durch



Verwaltungsakt	Verwaltungsvertrag
-----------------------	---------------------------

II. „Klassische“ Auslegungsmethoden



- Teleologische Auslegung in der Form der dynamischen (technikorientierten) Auslegung (FÖR-Terminologie)

III. Recht auf informationelle Selbstbestimmung (1)

Dynamisch-technikorientierte Auslegung des Grundgesetzes: Recht auf informationelle Selbstbestimmung (1983; BVerfGE 65, 1)

- Grammatische Auslegung: (-)
- Historische Auslegung: (-)
- Systematische Auslegung: (-)
- **Teleologische Auslegung:**

Art. 2 Abs. 1 GG

Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit (...)

Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

III. Recht auf informationelle Selbstbestimmung (2)

Auslegung des Grundgesetzes im Hinblick auf den Datenschutz

➤ Dynamisch (technikorientierte) Auslegung:

Auslegung der Verfassung unterscheidet sich von Auslegung von einfachen Gesetzen, da:

- Vorbehalt des Art. 79 Abs. 2 GG für Grundgesetzänderungen
- „Abstrakte Verfassung contra komplexe Lebenswirklichkeit“
- lange „Lebensdauer“ der Verfassung erfordert Anpassungen

→ Kompensierung im Technikrecht durch dynamisch (technikorientierte) Auslegung

→ Mit der teleologischen und dynamischen (technikorientierten) Auslegung „gibt“ es ein Grundrecht auf Datenschutz auf der Plattform „BVerfG“ (siehe folgende Folie)

III. Recht auf informationelle Selbstbestimmung (3)

Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundrecht auf Datenschutz

➤ „Mikrozensus“ (Urteil vom 16.07.1969): [BVerfGE 27, 1](#)

„Mit der Menschenwürde wäre es nicht zu vereinbaren, wenn der Staat das Recht für sich in Anspruch nehmen könnte, den Menschen zwangsweise in seiner ganzen Persönlichkeit zu registrieren und zu katalogisieren, sei es auch in der Anonymität einer statistischen Erhebung, und ihn damit wie eine Sache zu behandeln, die einer Bestandsaufnahme in jeder Beziehung zugänglich ist.“

➤ „Volkszählungsurteil“ (Urteil vom 15.12.1983): [BVerfGE 65,1 \(43\)](#)

Jeder hat ein Recht, **zu wissen, wer, wann, wofür, welche** personenbezogenen Daten „organisiert“ und muss grundsätzlich einwilligen.

→ Dynamisch (technikorientierte) Fortentwicklung

IV. Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme (1)



➤ „Online-Durchsuchung“

Urteil des BVerfG vom 27.02.2008

(Aktenzeichen: 1 BvR 370/07, 1 BvR 595/07)

- Die heimliche Infiltration eines informationstechnischen Systems, mittels derer die Nutzung des Systems überwacht und seine Speichermedien ausgelesen werden können, ist verfassungsrechtlich nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte einer konkreten Gefahr für ein überragend wichtiges Rechtsgut bestehen.
- Die heimliche Infiltration eines informationstechnischen Systems ist grundsätzlich unter den Vorbehalt richterlicher Anordnung zu stellen. Das Gesetz, das zu einem solchen Eingriff ermächtigt, muss Vorkehrungen enthalten, um den Kernbereich privater Lebensgestaltung zu schützen.

IV. Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme (2)

Dynamisch-technikorientierte Auslegung des Grundgesetzes: Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme (2008; BVerfG, 1 BvR 370/07)

- Grammatische Auslegung: (-)
- Historische Auslegung: (-)
- Systematische Auslegung: (-)
- **Teleologische Auslegung: dynamisch-technikorientiert**

Art. 2 Abs. 1 GG

Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit (...)

Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG

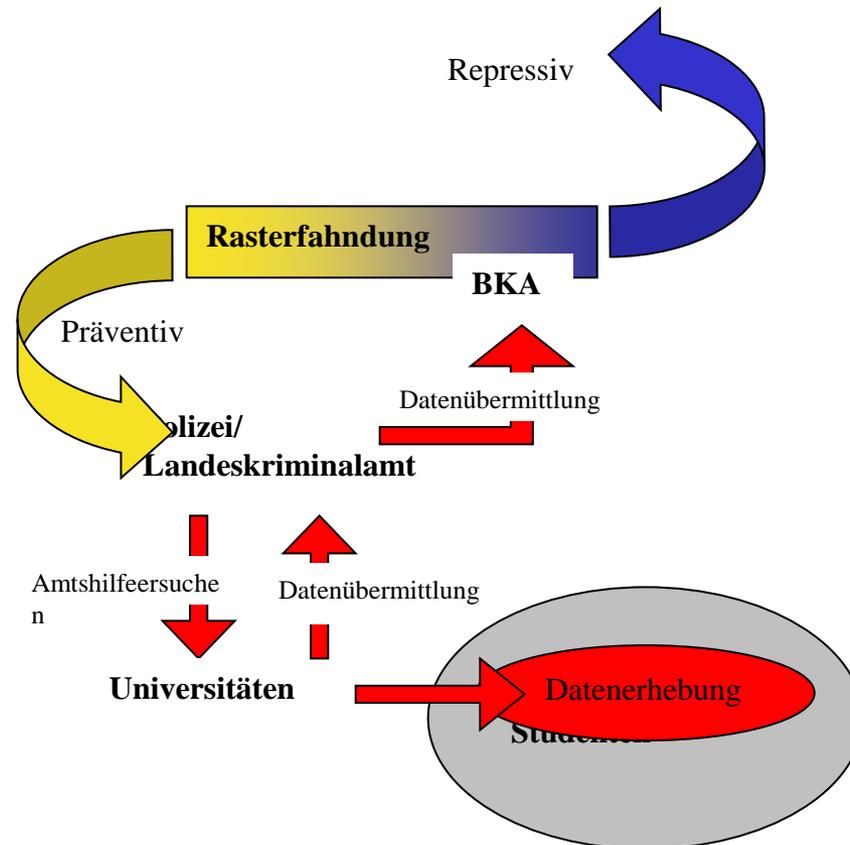
Die Würde des Menschen ist unantastbar.

V. Rasterfahndung nach dem 11. September (1)



Es ist wohl nicht übertrieben, wenn man behauptet: „Der 11. September 2001 hat die Welt verändert.“ Um den Gefahren zu begegnen, verlangt die Behörde X von einer Universität mit hohem Ausländeranteil Daten über Ausländer arabischer Herkunft (Name, Alter, Staatsangehörigkeit, Semester, Studienfach). Student Y fühlt sich in seinen Rechten verletzt.

V. Rasterfahndung nach dem 11. September (2)



VI. Interessenschema (abstrakt)

1)	Personal-aktiv Informationsrecht	Hierunter werden Rechte einer natürlichen oder juristischen Person verstanden, die an Informationen interessiert ist
2a)	Personal-passiv Datenschutz	Hierunter werden Rechte einer natürlichen oder juristischen Person verstanden, die an der Reservierung und Sicherung von Informationen interessiert ist
2b)	Personal-passiv Informationskosten	Hierunter fallen die Kosten für die Erhebung, Speicherung, Aufbereitung und Übermittlung von Informationen. Ein Beispiel, das die Rechtsprechung bereits beschäftigt hat, ist § 90 TKG a. F. Ein jüngeres Beispiel betrifft § 110 Abs. 1 Nr. 3 TKG.
3)	Objekt	Auf Informationen welchen Inhalts soll zugegriffen werden?
4)	Kausal/Zweck	Zu welchem Zweck soll auf diese Informationen zugegriffen werden (etwa: Kampf gegen den Terrorismus; Wahrung der Urheberrechte)?

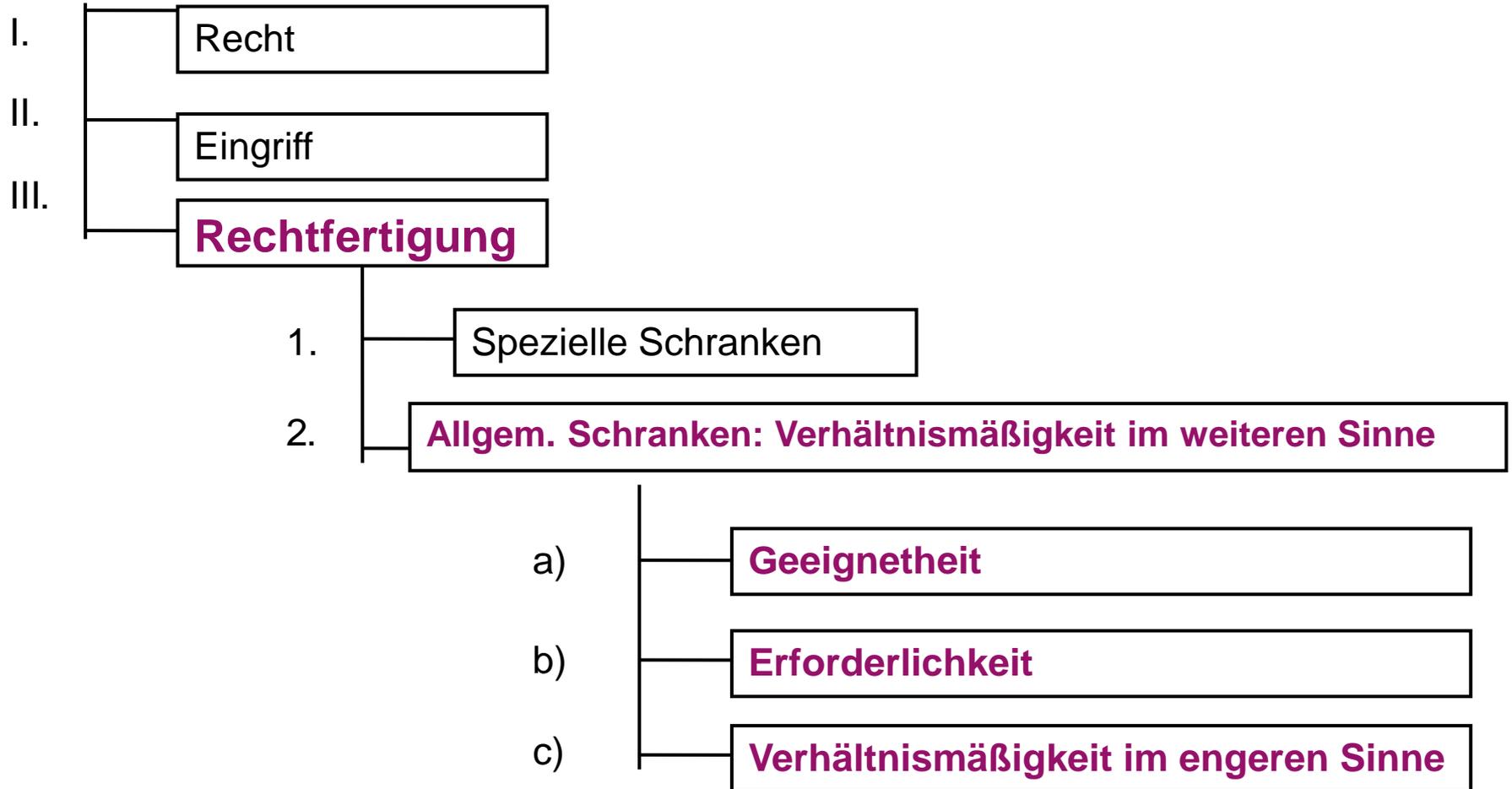
VI. Interessenschema (abstrakt)

5a)	Qualität der Information(technik) Personal-passiv Datenschutz	Hierzu zählt die Informationstechnik, die etwa Daten vor unbefugter Einsichtnahme schützt, wie etwa die Verschlüsselung oder die Zuteilung eines Passworts.
5b)	Qualität der Information(technik) Personal-aktiv Informationsrecht	Hierzu zählen etwa Suchmaschinen (Google), die mit Algorithmen die im Cyberspace verfügbaren Informationen leichter zugänglich machen. Erfasst sind alle Formen der „ Organisation “ von Daten (FÖR-Terminologie: Oberbegriff für § 3 Abs. 2- 5 BDSG).
6)	Verfahren	Welches Verfahren verlangt das Recht für die Organisation und den Umgang mit diesen Daten? (Etwa: die Einwilligung des Betroffenen, § 4a BDSG; die Einschaltung eines Gremiums, §§ 14, 15 Artikel 10-Gesetz - G 10)
7)	Rechtfertigung/Verhältnismäßigkeit	Hier findet die aus dem deutschen Verfassungsrecht bekannte Verhältnismäßigkeitsprüfung statt, die das Interesse von Personal Aktiv (Rechtfertigungsrechtsgut) mit dem Interesse des Personal Passiv Datenschutz (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) und dem Interesse des Personal Passiv Informationskosten (Art. 12, 14, 2 Abs. 1 GG) (als Eingriffsrechtsgütern) abwägt.

VI. Interessenschema (konkret)

		Analyse
1	Personal-aktiv	Behörde
2 a)	Personal-passiv Datenschutz	Universität (Behörde) Studenten
2 b)	Personal-passiv Informationskosten	Universität (Kosten der Amtshilfe)
3	Objekt	Daten über Ausländer arabischer Herkunft
4	Kausal/Zweck	Terrorismusbekämpfung
5 a), b)	Qualität der Informationstechnik	Datenorganisation Erhebung durch die Universität Übermittlung von Universität an Behörde (keine Angaben im Sachverhalt zu 5 a) u. b)
6	Verfahren	Besondere Verfahrens- und Formvorschriften in der StPO und den Polizeigesetzen
7	Rechtfertigung/ Verhältnismäßigkeit	Abwägung des Interesses von Personal-aktiv (Rechtfertigungsrechtsgut (Öffentliche Sicherheit)) mit dem Interesse des Personal-passiv (Eingriffsrechtsgut (Recht auf informationelle Selbstbestimmung))

VII. RER- Schema



VIII. RER- Definition (1): Spezielle Schranken

FÖR Glossar:

„Spezielle Schranken“ sind solche Schranken, die im Normtext (hier GG) genannt sind oder kraft dogmatischer Auslegung die Grundrechtsverwirklichung einschränken (etwa im Wege der Konkordanz oder der Wechselwirkung).

VIII. RER-Definition (2): Allgemeine Schranken – Verhältnismäßigkeit im weiteren Sinn



Geeignetheit	Eingriff muss geeignet sein, um den Schutz des Rechtsguts, das die Eingriffsrechtfertigung bildet (Rechtfertigungsrechts-gut), zu bewirken - Tauglichkeit des Mittels für den Zweck.
Erforderlichkeit	Es darf keine Maßnahme geben, die für den Schutz des Rechtfertigungsrechtsguts genauso geeignet und weniger eingreifend ist.
Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	Schwere des Eingriffs in das Eingriffsrechtsgut darf nicht außer Verhältnis zur Qualität der Förderung des Rechtfertigungsrechtsguts stehen - Grundrechtseingriff darf in seiner Intensität nicht außer Verhältnis zum angestrebten Ziel stehen.

IX. RER- Prüfung

1. Recht (1)

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wird nach Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG geschützt, weil die Verfügungsmacht über Daten Voraussetzung der allgemeinen Handlungsfreiheit wie Teil der Menschenwürde ist („allgemeines Persönlichkeitsrecht“). Daten wie die Adresse, die Staatsangehörigkeit und die Studienrichtung haben offensichtlich Bezug zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht. (Gegenbeispiel: Mitteilung der Anzahl der Studierenden im Fachbereich 1 „Wirtschaftsinformatik“).

IX. RER- Prüfung

1. Recht (2)

Art. 2 Abs. 1 GG:

Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

Art. 1 Abs. 1 GG:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

IX. RER- Prüfung

2. Eingriff

Der Eingriffsbegriff ist immer vor dem Hintergrund des betroffenen Grundrechts zu entwickeln.

BVerfG im Volkszählungsurteil: Jeder hat ein Recht, zu **wissen**, wer, wann, wofür, welche personenbezogenen Daten „organisiert“ und muss grundsätzlich **einwilligen**.

- Y wird von der Übermittlung seiner Daten (an die Polizei) nicht informiert („wissen“).
- Y kann deshalb die „Organisation“ nicht verhindern.
- Es ist nicht davon auszugehen, dass Y einverstanden ist oder eingewilligt hat.

→ Ein Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Y liegt vor.

IX. RER- Prüfung

3. Rechtfertigung

a) Spezielle Schranke: Art. 2 Abs. 1 GG

- Diese Schranke ist in einer grammatischen Auslegung der jeweiligen Norm, hier der Verfassung, zu entnehmen:
Art. 2 Abs. 1 GG: „Rechte anderer“, „verfassungsmäßige Ordnung“ oder des „Sittengesetz“
Regelmäßig reicht die Prüfung der Rechtfertigung durch die **„verfassungsmäßige Ordnung“** aus.
- Der Begriff der „verfassungsmäßigen Ordnung“ ist weit auszulegen. „Verfassungsmäßige Ordnung“ umfasst die gesamte Rechtsordnung, soweit sie formell und materiell mit der Verfassung im Einklang steht (Verfassungsmäßigkeit).
FÖR-Terminologie: Umschreibung für „Gesetzesvorbehalt“

X. RER- Prüfung

a) Spezielle Schranke (1) Verfassungsmäßige Ordnung



Formelle und materielle Verfassungsmäßigkeit der **Rechtsgrundlage**:

- **Formelle Verfassungsmäßigkeit** setzt die Einhaltung der Kompetenz-, Verfahrens- und Formvorschriften voraus (**KVF- Prüfung**).
- **Materielle Verfassungsmäßigkeit** setzt die Vereinbarkeit von unterverfassungsrechtlichem Recht mit der Verfassung voraus. Insbesondere erfolgt im Rahmen der materiellen Verfassungsmäßigkeit die Überprüfung anhand von Grundrechten.

IX. RER- Prüfung

a) Spezielle Schranke (2)



Rechtsgrundlage für die Rasterfahndung

§ 26 Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG)

(1) Die Polizeibehörden können von öffentlichen Stellen oder Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs zur Abwehr einer Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit oder wenn gleichgewichtige Schäden für die Umwelt zu erwarten sind, die Übermittlung von personenbezogenen Daten bestimmter Personengruppen zum Zwecke des automatisierten Abgleichs mit anderen Datenbeständen verlangen, wenn dies zur Abwehr der Gefahr erforderlich ist. Rechtsvorschriften über ein Berufs- oder besonderes Amtsgeheimnis bleiben unberührt.

IX. RER- Prüfung

a) Spezielle Schranke (3)



aa) Formelle Verfassungsmäßigkeit von § 26 HSOG: Kompetenz

Art. 70 Abs. 1 GG

Die Länder haben das Recht der Gesetzgebung, soweit dieses Grundgesetz nicht dem Bunde Gesetzgebungskompetenz verleiht.

Art. 73 Nr. 10 GG

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz über [...]

10. die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder

a) in der Kriminalpolizei,

b) zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) und

c) zum Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die [...] auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,

sowie die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes und die internationale Verbrechensbekämpfung;

IX. RER-Prüfung

a) Spezielle Schranke (4)



bb) und cc) Formelle Verfassungsmäßigkeit von § 26 HSOG: Verfahren und Form

Es wird davon ausgegangen, dass das in der hessischen Landesverfassung vorgesehene Verfahren eingehalten und die Form gewahrt wurde.

→ Von der formellen Verfassungsmäßigkeit des § 26 HSOG ist auszugehen.

IX. RER- Prüfung

a) Spezielle Schranke (5)



dd) Materielle Verfassungsmäßigkeit von § 26 HSOG

Das Besondere an der speziellen Schranke „Verfassungsmäßige Ordnung“ ist, dass sie im Rahmen der materiellen Verfassungsmäßigkeit die Prüfung der „allgemeinen Schranke“ – **des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im weiteren Sinne** – verlangt.

IX. RER- Prüfung

b) Allgemeine Schranken (1)

Verhältnismäßigkeit



aa) Geeignetheit

Der Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung muss geeignet sein, um den Schutz des Rechtfertigungsrechtsguts (Prävention von terroristischen Angriffen, die die körperliche Unversehrtheit und das Eigentum von Grundrechtsträgern bedrohen) zu bewirken. Hier sind, wie Gerichtsentscheidungen mit unterschiedlichen Ergebnissen zeigen, viele Argumente zu berücksichtigen. Insbesondere stellt sich die Frage, ob der Aufbau eines präventiven Rasterfahndungs- und Datenorganisationssystems geeignet ist Anschläge zu verhindern (siehe USA).

IX. RER- Prüfung

b) Allgemeine Schranken (2)



bb) Erforderlichkeit

Es ist zu prüfen, ob es eine Maßnahme gibt, die dem Rechtfertigungsrechtsgut ebenso dient, aber weniger das Eingriffsrechtsgut („informationelle Selbstbestimmung“) beschränkt. In Erinnerung gerufen sei die Besorgnis des Mikrozensusurteils, das zu Datensparsamkeit ermahnt. Eine Reduktion der Datenorganisation ist nicht offensichtlich ein milderer Mittel, weil § 26 Abs. 2 S. 1 HSOG bereits eine Beschränkung auf „bestimmte“ Daten vorsieht.

§ 26 Abs. 2 S. 1 HSOG

Das Übermittlungersuchen ist auf Namen, Anschriften, Tag und Ort der Geburt sowie auf im einzelnen Falle festzulegende Merkmale zu beschränken.

IX. RER- Prüfung

b) Allgemeine Schranken (3)

cc) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne

Hier ist der Qualität des Eingriffs in das Eingriffsrechtsgut die Qualität der Förderung des Rechtfertigungsrechtsguts gegenüberzustellen.

➤ Für eine Schwere des Eingriffs:

- **Argumentation mit der Streubreite**

Die Rasterfahndung betrifft nur in sehr kleiner Anzahl eine wirklich fahndungsrelevante Gruppe. Die Datenübermittlung betrifft ein Gros gesetzestreue – auch zukünftig gesetzestreue – Personen

- **Argumentation mit der „Heimlichkeit“ der Datenerhebung**

Welche Personen im Konkreten von der Rasterfahndung betroffen sind, ist nicht bekannt. Auch auf welche Merkmale die Rasterfahndung im Konkreten beschränkt ist, ist grundsätzlich nicht bekannt.

IX. RER- Prüfung

b) Allgemeine Schranken (4)

cc) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne

➤ Für eine Schwere des Eingriffs:

- **Argumentation mit der fehlenden Qualität des Verfahrens der Datenorganisation: Behördenleitervorbehalt**

Die Rasterfahndung in Hessen steht „nur“ unter einem Behördenleitervorbehalt. In anderen Bundesländern – etwa Berlin – wird die Durchführung der Rasterfahndung von der Anordnung des Richters abhängig gemacht (Richtervorbehalt). Dasselbe gilt für die repressive Rasterfahndung nach der Strafprozessordnung.

IX. RER- Prüfung

b) Allgemeine Schranken (5)

cc) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne

- Gegen eine Schwere des Eingriffs:
 - Argumentation der prozessbedingten geringen Personenbezogenheit

In der Rasterfahndung geht es zunächst nicht um die Identifizierung Einzelner, sondern die Behandlung eines abstrakt spezifischen Datensatzes („personengruppenscharf“). Erst im Laufe der Rasterfahndung werden die Daten „personenscharf“ behandelt.

IX. RER- Prüfung

b) Allgemeine Schranken (5)

cc) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne

- Für eine qualitative Förderung des Rechtfertigungsrechtsguts
- **Argumentation mit dem gestiegenen terroristischen Bedrohungspotenzial**

Durch die aktuelle politische Weltlage (Irak, Afghanistan, Anschläge in Madrid, Istanbul ...) könnte eine erhöhte Gefahr bestehen, dass Terroristen auch in Deutschland Anschläge vorbereiten. Universitäten könnten hierzu sowohl zu Kontaktzwecken als auch zur Know-How-Erlangung genutzt werden.

IX. RER- Prüfung

b) Allgemeine Schranken (6)

cc) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne

- Gegen eine qualitative Förderung des Rechtfertigungsrechtsguts
- Argumentation mit der nur hypothetischen Effektivität der Rasterfahndung

Die Effektivität im präventiven Bereich unterstellen die Landesgesetzgeber durch die Einführung oder Änderung entsprechender Vorschriften – etwa des § 26 HSOG. Ob die Rasterfahndung tatsächlich mögliche Terroranschläge verhindern kann bleibt abzuwarten.

IX. RER- Prüfung

b) Allgemeine Schranken (6)

cc) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne

- Gegen eine qualitative Förderung des Rechtfertigungsrechtsguts
 - **Argumentation mit dem geringen Gefährdungspotenzial**

Im Anschluss an den 11. September 2001 mag die Gefahr eines weiteren Angriffs (geistig) präsent und das Gefährdungspotenzial sehr hoch gewesen sein. Nicht erst die im Laufe der Zeit erschienenen Dokumente – etwa im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg – zeigen, wie ein Gefährdungspotenzial zu politischen Zwecken missbraucht werden kann.

- Eine präventive Rasterfahndung kann je nach Konkretisierung des Verdachts und Differenzierung der Fahndungskriterien dazu führen, dass auch „**Otto-Normalbürger**“ das **Stigma eines „Terroristen“** „verliehen“ wird.
 - Darüber hinaus ist die Rasterfahndung ein weiterer Schritt zur **virtuellen Erfassung der Persönlichkeit** von Menschen.
 - Die **Chancen** einer Rasterfahndung können **kontrovers** beurteilt werden.
 - Vielleicht sollte die Rasterfahndung von einem **Richtervorbehalt** abhängig gemacht werden, der sich auf einzelne Datenorganisationsprozesse erstreckt.
- **Somit könnte die Rasterfahndung und die Datenorganisation bei der Universität nicht gerechtfertigt sein und gegen Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG verstoßen.**

X. Falllösung- Entscheidungen



Entscheidung des BVerfG vom 4.4.2006 – 1 BvR 518/02

VGH Kassel, Beschluss vom 4.02.2003 – 10 TG 3112/02

OVG Koblenz, Beschluss vom 22.03.2002 – 12 B 10331/02

VG Trier, Beschluss vom 11.06.2002 – 1 L 620/02

OVG Bremen, Beschluss vom 8.07.2002 – 1 B 155/02

VG Gießen, Beschluss vom 08.11.2002 – 10 G 4510/02,

VG Wiesbaden, Beschluss vom 31.03.2003 – 5 G 1883/02